schränkende Maßregeln treffen hinsichtlich der Einfuhr des zur Wiederausfuhr bestimmten russischen Zuckers.

Handelsvertrag mit Italien. In dem italienischen Vertrage sagt der Artikel 2a eine gemeinsame Prüfung der Frage der Anwendung der Arbeiterversicherungsgesetze auf die deutschen Arbeiter in Italien und umgekehrt zu. Ein weiterer neuer Artikel 10a ergänzt den bestehenden Vertrag durch eine Bestimmung über die Benutzung der beiderseitigen Eisenbahnen, wie sie im deutsch-russischen Vertrage bereits besteht. Aus den Abänderungen des Schlußprotokolls ist hervorzuheben: Bei Zollbeschwerden soll trotz einer in der letzten Instanz ergangenen behördlichen Entscheidung auf diplomatische Intervention eine weitere Erörterung stattfinden. Italien will den deutschen Exportfirmen Gelegenheit zur Einholung amtlicher verbindlicher Auskünfte über Tarifierung ihrer Waren schaffen. Zu den von Italien im Vertragstarif dem deutschen Export eingeräumten Zugeständnissen ist zunächst zu bemerken, daß für eine Anzahl Tarifpositionen, nämlich für Gewebe aus Baumwolle, Gewebe aus Seide, gemischte Gewebe, Bänder und Borten aus Seide, Spinnerei-Maschinen, Maschinen für Webereien und Maschinen zur Fabrikation von Papier, die bisher von der Gestaltung der Handelsbeziehungen Italiens mit den anderen Staaten abhängig waren, nunmehr die Fortdauer der derzeitigen Zollsätze gewährleistet ist. Für Bier soll jede Zollermäßigung, die Italien etwa anderen Bieren zugesteht, auch jedem Biere deutscher Erzeugung zufallen. Für chemische Erzeugnisse sind bedeutende Ermäßigungen und bessere Bedingungen zugestanden. Der Kategorie „Farben" wurden sämtliche bisherige Vergünstigungen wieder eingeräumt. In der Kategorie „Papiere und Bücher" wird die deutsche Industrie im ganzen nicht schlechter gestellt sein als bisher. Für Arbeiten aus Papier und Pappe ist die Fortdauer der bisherigen Zollsätze gewährleistet. In der Kategorie der „Felle und Häute" wurden die alten Verhältnisse gewahrt. Für Gußwaren, Schmiedeeisen und Stahl wurden die bisherigen Ausnahmebedingungen gesichert. Für die übrigen unedlen Metalle und ihre Halb- und Fertigfabrikate betreffenden Positionen werden die bisherigen Verhältnisse im wesentlichen beibehalten. Die Einfuhr von Maschinen und Maschinenteilen ist in erheblich größerem Umfange geschützt als bisher. Für elektrische Lampen behielt sich Italien eine besondere Tarifierung vor. Der Zoll für Glühlampen soll 5 Lire für 100 Stück und der Zoll für Bogenlampen 60 Lire für 100 Kilogramm nicht übersteigen. Für die Coelmetallindustrie sind alle bisherigen Zugeständnisse wieder erreicht. Für sämtliche übrige Kurzwaren steht uns künftig die Ermäßigung aus dem französischen Vertrage zu. Für Spielzeug jeder Art, auch Puppen, sind erhebliche Ermäßigungen zugestanden. Für die Musikinstrumentenfabrikation wurden alle bisherigen Konzessionen wieder ausgewirkt.

Handelsvertrag mit Belgien. Der belgische Vertrag sichert den beiderseitigen Angehörigen gegenseitige Befreiung vom Militärdienste, sowie Gleichstellung mit den Inländern bei militärischen Leistungen und Requisitionen zu. Belgien behält sich die Umwandlung der Wertzölle und Vertragstarife in gleichwertige spezifische Zölle nach vorheriger Zustimmung der deutschen Regierung oder nach Entscheidung eines Schiedsgerichts vor. Belgien gewährt Zollherabsetzung auf Wäsche, Frauenkleider, Tischgeräte und andere Kurzwaren, auch auf Papierwäsche, verschiedene Arten von Draht, Gewebe von Baumwolle und mit Seide gemischt. Der neue Handelsvertrag bringt also bei im allgemeinen gleichbleibender Zollbelastung unserer Ausfuhr eine Erweiterung der Festlegung des belgischen Tarifes hauptsächlich für die mit hohen Zollsätzen belegten Waren.

Handelsvertrag mit der Schweiz. In der Patentfrage gab der schweizerische Bundesrat die Erklärung ab, daß Deutschland berechtigt sein soll, auf Anilin- und andere nicht besonders genannte Teerfarbstoffe bei Herkunft aus der Schweiz Zoll zu erheben, wenn die Schweiz nicht bis zum 31. Dezember 1907 ihre Patentgesetzgebung derart ändert, daß Artikel solcher oder ähnlicher Art oder Verfahren zu ihrer Herstellung patentierbar sind. Auf wichtigen Gebieten der deutschen Industrie, insbesondere für Leder, bedrucktes Papier, Möbel-Gewebe, Konfektionswaren, Eisenwaren, Maschinen, elektrotechnische Artikel u. s. w. wurden wesentliche Herabsetzungen der autonomen Zölle erzielt. Der neue Vertragstarif ermäßigt bei einer Gesamtausfuhr von 279 Millionen die Zölle auf Waren im Werte von 150 Millionen oder 57 Prozent, er enthält Bindungen für Waren im Werte von 37 Millionen oder 13 Prozent des gesamten Ausfuhrwertes.

Handelsvertrag mit Rumänien. Bezüglich der inneren Abgaben wird bestimmt, daß diese unter keinem Vorwande die Erzeugnisse der anderen Staaten in stärkerer oder lästigerer Weise treffen dürfen, als die einheimischen Erzeugnisse gleicher Art, oder falls solche nicht vorhanden, die Erzeugnisse der meistbegünstigten Nation. Der landwirtschaftlichen Ausfuhr würden keine erheblichen Zugeständnisse zu machen sein. Daher war von vornherein ausgeschlossen, daß Deutschland die alten Zollsätze wieder erlangt. Von 854 Minimum des neuen rumänischen Tarifes sind nur 146 Zollansätze ermäßigt oder gebunden worden.

Mit Rußland ist vereinbart, daß die Inkrafttretung 12 Monate nach dem Austausch der Ratifikationen, spätestens aber am 1. Juli 1906, erfolgen soll. Mit Oesterreich-Ungarn ist die Abmachung getroffen, daß der Vertrag am 15. Februar 1906 in Kraft treten soll. Letzterer Zeitpunkt ist demgemäß für alle Verträge und damit auch für den neuen Zolltarif in Aussicht genommen. Die Dauer der Verträge ist gleichmäßig bis zum 31. Dezember 1907 festgesetzt und zwar mit einjähriger Kündigungsfrist. Ueber diesen Termin hinaus können sie täglich mit gleicher Frist gekündigt werden. Nur im Vertrag mit Oesterreich-Ungarn haben sich beide Parteien vorbehalten, 12 Monate vor dem 31. Dezember 1905 mit der Wirkung auf diesen Datum zu kündigen. Wird von diesem Recht nicht Gebrauch gemacht, so treten dieselben Bestimmungen in Wirksamkeit, wie bei den anderen Verträgen. Die „N. A. Z." schildert dann die einzelnen Verträge in der Reihenfolge des Abschlusses. Die Darstellung der im deutschen Tarif infolge der Handelsverträge eintretenden Veränderungen ist für weitere Artikel vorbehalten. Eine Neuerung ist die in alle Verträge, außer dem russischen, aufgenommene Schiedsgerichtsklausel für Meinungsverschiedenheiten in Tariffragen. Danach unterliegen auf Verlangen des einen oder des anderen vertragschließenden Teiles dem schiedsgerichtlichen Austrag Meinungsverschiedenheiten über Auslegung oder Anwendung der Vertragstarife einschließlich der Zusatzbestimmungen, sowie der Zollsätze der von den vertragschließenden Teilen mit dritten Staaten vereinbarten Vertragstarife. Anträge auf eine weitere Kompetenz des Schiedsgerichts wurden abgelehnt, da zunächst einmal abgewartet werden müsse, wie die neue Einrichtung sich auf dem beschränkten Gebiete bewährt. Jedoch ist eine weitere Ausdehnung gegeben durch die Bestimmung, wonach eintretendenfalls und vorbehaltlich besonderer Verständigung auch andere Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung der Verträge schiedsgerichtlich ausgetragen werden können. Für den Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Verträge sind verschiedene Formen gewählt, die einen gewissen Spielraum lassen und zugleich die Gleichmäßigkeit des Termins ermöglichen. Die Verträge mit Italien, Belgien und Rumänien bestimmen die Inkrafttretung nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten von dem zu vereinbarenden Tage ab und setzen als frühesten Termin den 1. Januar 1905, als spätesten den 1. Juli 1906 fest. Der Vertrag mit Serbien enthält ebenfalls eine sechsmonatige Frist und denselben frühesten Termin, als frühesten Termin aber den 1. Januar 1906. Im Schweizer Vertrag ist auf Verlangen der Schweiz die Fassung gewählt, daß der Vertrag an sich am 1. Januar 1906 in Kraft treten soll, Deutschland aber berechtigt sei, die Anwendung des deutschen Tarifs bis zum 1. Juli 1906 zu verschieben.

Neueste Drahtmeldungen vom 28. Januar.

Kaiser-Geburtstag.

Stockholm. Die Deutsche Gesellschaft feierte gestern im „Hotel Continental" den Geburtstag Kaiser Wilhelms mit einem großen Festmahl, an dem etwa 70 Herren teilnahmen.

Konstantinopel. Aus Anlaß des Geburtstags des Kaisers fand gestern Festgottesdienst in der deutschen Kirche statt, an dem das Personal der rumänischen Gesandtschaft teilnahm. Abends fand unter dem Vorsitz des kaiserlichen Botschafters Freiherrn Marschall v. Bieberstein ein Bankett in der „Teutonia" statt, nach dem der kaiserliche Botschafter einer patriotischen Feier im deutsch-österreichischen Handwerkerverein beiwohnte.

Preußischer Landtag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Im Abgeordnetenhause teilte Vizepräsident Dr. Porsch mit, daß das Präsidium dem Könige den Glückwunsch des Hauses zu seinem Geburtstage und die besten Wünsche für die baldige Genesung des Prinzen Eitel Friedrich ausgesprochen habe. — Dann wurden die Etats der Forsten und Domänen beraten. Beim Forstetat verwahrte sich Minister v. Podbielski gegen den Vorwurf, ein Waldverwüster zu sein. In Dahlem, wo er angeblich Bäume habe herunterschlagen lassen, habe es gar keine gegeben. Dagegen habe die Stadt Berlin selbst Wald abgeholzt und auf dem Terrain Rieselfelder angelegt. Seien etwa die Rieselfelder eine bessere Lunge als der Wald? (Heiterkeit.) Wir brauchten überhaupt nicht die großen Volksparks, wenn die Städte räumlich weitausgedehnt wären, so daß bei jedem Hause ein kleiner Garten wäre. Was die Frage der Ausgestaltung des Grunewalds zu einem Volkspark betreffe, so müsse auch die Berliner Kommune zu den Kosten, die sich auf 12 bis 15 Millionen belaufen werden, beitragen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Im Abgeordnetenhause kommen am Montag die Anträge Stöckel (Zentr.) und Bachmann (nat.-lib.) auf Einsetzung einer Kommission zum Zwecke der Untersuchung der Arbeitsverhältnisse im Kohlenbergbau zur Beratung. — Abg. v. Bodelschwingh beabsichtigt, im Abgeordnetenhause folgenden Antrag einzubringen: „Unterzeichneter beantragt, folgendes Notgesetz zu erlassen: Bis zur Erledigung und der Einigung in den Streikverhandlungen im Ruhrgebiet übernimmt der Staat den Betrieb der Bergwerke." Dieser Antrag ist als ein Ergänzungsantrag zu dem schon vorliegenden Zentrumsantrage, betreffend die Enquete-Kommission, gedacht.

Bergarbeiterausstand.

Essen (Ruhr). In 18 Bergwerksrevieren des Oberbergamtsbezirks Dortmund fuhren heute von einer Gesamtbelegschaft von 244 975 Mann der streikenden Zechen unter und über Tage 50 689 Mann an. Mithin fehlten 194 286 Arbeiter gegen 194 221 der gestrigen Schicht. Es ist demnach eine Zunahme der Streikenden um 65 zu verzeichnen.

Essen (Ruhr). (Priv.-Tel.) Leere Kohlenwagen werden massenhaft nach dem Ruhrkohlenrevier zurückbeordert. Eisenbahnkreise sind der Ansicht, der Streik werde bald aufhören.

Dortmund. In der heutigen Konferenz zwischen den Kommissaren des Staatsministeriums und den Vertretern der vier Bergarbeiterverbände wurde mitgeteilt, daß die Regierung sechs Untersuchungskommissionen eingesetzt habe zur Prüfung der vorgebrachten Mißstände auf den einzelnen Zechen. Von diesen Kommissionen soll jede mindestens drei Zechen untersuchen. Zu dieser Untersuchung sollen drei Mitglieder der betr. Belegschaft zugezogen werden, außerdem auch Vertreter der betreffenden Zechenverwaltungen. Die Kommissionen sollen bereits am Montag mit der Untersuchung beginnen. Als den Arbeiterführern nahegelegt wurde, daß es nunmehr ratsam erscheine, die Arbeit wieder aufzunehmen, da die Regierung gezeigt habe, daß sie durch das Berggesetz die Forderungen der Arbeiter berücksichtige, wurde seitens der Bergarbeiterführer erwidert, daß hierzu vorläufig wegen der schroffen Stellungnahme des Bergbaulichen Vereins noch kein Anlaß vorliege.

Bochum. (Priv.-Tel.) Beim alten Verband der Bergarbeiter sind bis jetzt 350 000 Mark eingegangen.

Köln. (Priv.-Tel.) Der Bergbauliche und Hüttenmännische Verein für den Kreis Siegen hat sich gestern mit dem gemeinschaftlichen Bezug von Kohlen für die Erzgruben des Bezirks beschäftigt. Diese sind durch den Kohlenmangel ernstlich gefährdet, da es bald nicht mehr möglich sein wird, die Wasserhaltungen in Betrieb zu halten. Eine Kommission wurde gewählt, die Angebote von Kohlengruben im Saargebiete und in Belgien einziehen und den gemeinschaftlichen Bezug in die Wege leiten soll.

Köln. (Priv.-Tel.) August Thyssen, der Besitzer der nächst Krupp größten industriellen Anlagen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, bezeichnete in einer Unterredung mit einem Journalisten ein kommendes Berggesetz als großes Unglück. Es sei sehr bedauerlich, daß die Regierung den Arbeitern gegenüber, allerdings erzwungen durch die politischen Parteien, in erster Linie durch das Zentrum und die Sozialisten, sich in diesem Kampfe so nachgiebig zeige, weil diese Nachgiebigkeit die ernstesten Konsequenzen für die Industrie haben werde. Die jetzige Schwäche der Regierung bedeute eine Stärkung der Sozialdemokratie. Wenn sie hätte eingreifen wollen, mußte dies vor Beginn des Streiks geschehen. Die Arbeitszeit müßte auf 9 Stunden, einschließlich der Seilfahrt, festgesetzt werden. Bei 8 Stunden sei es unmöglich, in der bisherigen Weise zu bestehen.

Breslau. (Priv.-Tel.) Die Förderung auf den oberschlesischen Gruben ist nicht mehr imstande, mit der täglich steigenden Nachfrage Schritt zu halten. Viele Gruben mußten bereits die eisernen Bestände angreifen. Die Verladungen erreichten Donnerstag 8295 Doppelwaggons gegen 5539 am entsprechenden Verladetage des Vorjahres. Seit 5 Jahren waren nicht so hohe Verladeziffern wie jetzt zu verzeichnen. Die Laurahütte fördert jetzt etwa 900 Doppelwaggons täglich.

Berlin. (Priv.-Tel.) Gleich dem Pastor v. Bodelschwingh erläßt auch das Aktionskomitee des evangelisch-sozialen Kongresses einen Aufruf, in dem es um Gaben für notleidende Bergarbeiter bittet. Unterzeichnet ist der Aufruf von Frau Geheimrat Broicher, Prof. Dr. Hans Delbrück, Geh. Rat Professor D. Gierke, Professor D. Gregory, Professor D. Harnack, Oberkonsistorialrat D. Kaftan, Pfarrer D. Kirms, Geh. Archivrat Dr. Keller, Landesökonomierat Nobbe, Dr. Friedrich Naumann, Pfarrer Professor Dr. Freiherr v. Soden, Frau Professor Schmoller, Pfarrer Lic. Schneemelcher, Geh. Regierungsrat Professor Dr. Adolf Wagner.

Leipzig. (Priv.-Tel.) Eine Versammlung der hiesigen Buchdrucker- und Schriftgießerei-Gehilfen beschloß, die Ausständigen im Ruhrgebiete mit einer Summe von 12 000 Mark zu unterstützen. — Der Verband Deutscher Schuh- und Schäftefabrikanten beruft zu Anfang Februar nach Berlin eine Versammlung ein, um Stellung wegen Erhöhung der Schuhpreise zu nehmen.

Unruhen in Rußland.

Petersburg. (Priv.-Tel.) In bestimmter Form wird jetzt gemeldet, daß der Priester Gapon mit einer Kugel in der Brust als Gefangener im Alaffsky-Krankenhause liegt. Den Schuß erhielt er beim Versuche, beim Narwatore am Ismailow-Regiment vorbeizukommen. Seit der Ernennung des Generals Trepow zum Diktator sind nahezu 100 Angehörige der gebildeten Klassen und außerdem viel Arbeiter verhaftet worden. Sie werden sämtlich gefangen gehalten und werden voraussichtlich verbannt werden.

Moskau. (Priv.-Tel.) In einer Nachtsitzung beschlossen die Arbeiterführer die Einstellung des Ausstandes. Die gemäßigt Liberalen stehen mit der Regierungspartei in Unterhandlung über den Kompromiß, nachdem viele Konservative, durch das Verhalten der Regierung veranlaßt, das liberale Lager aufgesucht haben. Eine Entscheidung ist vor acht Tagen nicht zu erwarten. In den kaiserlichen Theatern wurde für die Ausständigen gesammelt. Das Ergebnis beträgt angeblich 1200 Rubel.

Moskau. Heute sind alle Zeitungen erschienen. Nach Angabe der Fabrikinspektoren sind, nachdem 10 000 Ausständige die Arbeit wieder aufgenommen haben, noch 20 000 Mann im Ausstande.

Warschau. Der Polizeichef veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt: „Trotz der Ruhestörungen in den großen Städten des Reiches sei in Warschau alles ruhig; aber er warne das Publikum und die Arbeiter, sich vor übelwollenden Personen zu hüten. Es würden sofort energische Maßnahmen getroffen werden. Das Militär würde vorgehen, und so könnten auch hier bei Zusammenstößen Opfer bleiben." — Das Telephon Warschau—Lodz ist zerstört. In dem Stadtviertel Praga herrscht allgemeiner Ausstand. Die Kutscher wurden von der Menge gezwungen, ihre Uniform abzulegen.

Warschau. Der Ausstand ist heute hier allgemein. Die Zahl der Ausständigen beträgt rund 100 000. Die Zeitungen sind nicht erschienen. Der Pferdebahnverkehr ist eingestellt. Die Bäckereien sind fast ohne Brot. Die Ruhe ist nicht gestört. Die Stadtbehörden beraten über die Lage unter Teilnahme der Fabrikanten und Fabrikinspektoren.

Libau. In der verflossenen Nacht zerstörten Manifestanten die Telegraphenpfosten, die heute vormittag wieder aufgestellt wurden. Dann versuchten die Manifestanten die Bäckereien zu plündern, wurden aber vom Militär, das Verstärkungen von dem Kornow-Regiment erhielt, zerstreut. Der Gouverneur erließ eine Proklamation, in der er an den Patriotismus der Arbeiter appelliert. Der Ausstand sei das Ergebnis der Tätigkeit einer übelwollenden Gruppe Revolutionäre, die mit den Arbeitern nichts gemein hätten. Rußland kämpfe jetzt wider den Feind. Die Arbeiter müßten die Arbeit wieder aufnehmen, dann werde er, der Gouverneur, sich bemühen, alles für sie zu tun. Im anderen Falle würden energische Maßnahmen getroffen werden, um die Ordnung wieder herzustellen.

Rom. (Priv.-Tel.) Infolge der gestrigen studentischen Straßenkrawalle gegen den russischen Vertreter wurde ein Student zu 40 Tagen Gefängnis verurteilt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Hier zirkuliert ein Aufruf, der an die russische Regierung abgesendet werden soll und der dafür eintritt, daß die über das Schicksal des Dichters Maxim Gorki bestimmenden Instanzen eine Entscheidung treffen, „die mit den Forderungen der Menschlichkeit und Kultur übereinstimmt". Der Aufruf trägt bereits folgende Unterschriften: Ernst v. Wildenbruch, Dr. Theodor Barth, Prof. Dr. v. Liszt, Bürgermeister Dr. Reiche, Fritz Mauthner, Dr. Paul Lindau, Prof. Max Liebermann.

Russisch-japanischer Krieg.

Tokio. Der amerikanische Dampfer „Dollar" mit einer Ladung Vorräten und Fourage ist auf dem Wege nach Wladiwostok, östlich der Insel Yessaw, aufgebracht worden.

Paris. (Priv.-Tel.) Eine größere Anzahl japanischer Kriegsschiffe sind nach einer Depesche aus Gensan im Kurze gegen Wladiwostok. Die Russen verlassen in Eilmärschen Nordost-Korea.

Berlin. (Priv.-Tel.) Beim Reichskanzler Grafen Bülow fand heute eine Sitzung des preußischen Staatsministeriums statt, welcher der Kaiser beiwohnte. Dem Vernehmen nach wurden die Einzelheiten der von der Staatsregierung geplanten Novelle zum Berggesetz in eingehender Beratung erörtert.

Berlin. (Priv.-Tel.) Im Befinden des Prinzen Eitel Friedrich ist eine leichte Besserung eingetreten. Der Verlauf der letzten Nacht, sowie des heutigen Vormittags berechtigt zu den besten Hoffnungen. Heute nachmittag 1 Uhr sank der Prinz in einen tiefen Schlummer. Die Kaiserin begab sich bereits um 8 Uhr morgens an das Krankenlager des Prinzen, das sie erst um 3 Uhr nachmittags wieder verließ.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Vortragende Rat im Reichspostamt Franck ist zum Direktor im Reichspostamt ernannt worden. — Der Registrator bei der Landesaufnahme Kanzleirat Ritter erhielt das Ritterkreuz 2. Klasse des sächsischen Albrechtsordens.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die erste Ausgabe von dem neuen Organ des Grafen Pückler „Der Retter aus der Judennot" wurde konfisziert.

Leipzig. (Priv.-Tel.) Die Revisionsschrift im Mordprozeß Berger ist heute beim Reichsgericht eingegangen. Sie umfaßt 18 Revisionsgründe formeller Natur. Gerügt wird vor allem die Verletzung der Oeffentlichkeit, die Vereidigung der Polizeibeamten als Zeugen und als Sachverständige, ohne Vereidigung als solche usw. Die Revision kommt Ende März zur Verhandlung.

Kiel. (Priv.-Tel.) Die Zarin beabsichtigt, mit ihren Kindern im Frühjahre das Prinzenpaar Heinrich von Preußen im neuen Schlosse zu Hemmelmark bei Kiel zu besuchen. Die Ankündigung erfolgte bereits vor Beginn der Unruhen.

Halle a. S. Amtliche Meldung. Bei der am 24. d. M. im 7. Wahlkreise, Quedlinburg-Aschersleben-Stadt Calbe, des Regierungsbezirks Magdeburg stattgefundenen Reichstagsersatzwahl wurden insgesamt 41 156 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf den Schneidermeister Albrecht-Halle (Soz.) 21 722 und Kaufmann Georg Blake-Aachen (nat.-lib.) 19 434. Ersterer ist mithin gewählt.

Altenburg. (Priv.-Tel.) Im Weichbilde der Stadt ist man auf ein neues Kohlenflöz gestoßen.

Paris. Die gemäßigt republikanischen und einzelne nationalistische Blätter erklären, daß der Combesismus nunmehr endgültig verschwunden sei. Jetzt lebten die Franzosen wirklich in einer Republik und nicht mehr unter der Herrschaft der Freimaurerei. Die sozialistischen Organe erklären, aus der Stimmliste werde Rouvier erkennen, welche Kluft zwischen ihm und der Demokratie bestehe. Die Radikalen meinen, die Regierungsmehrheit sei zu groß, um ehrlich zu sein.

Kopenhagen. Bei der Budgetberatung im Folkething erklärte der Finanzminister gestern, er betrachte als seine Hauptaufgabe die Förderung der Steuerreform. Die von seinem Vorgänger begonnenen Vorarbeiten würden mit aller Energie fortgesetzt werden müssen. Die Reformen müßten eine freihändlerische Richtung einschlagen. Die Aufgabe sei sehr schwer, da man gegen eine Weltströmung kämpfen müsse. Er hoffe jedoch, daß es gelingen werde, zum Ziele zu gelangen.

Konstantinopel. Es verlautet, daß der Abschluß der französischen Anleihe, sowie eine teilweise Vergebung der Lieferung von Schnellladegeschützen nach Frankreich unmittelbar bevorstehe. Der Sultan sei zweifellos gegen die Vergebung, die aber unvermeidlich sein werde, da sie von französischer Seite aus als Vorbedingung für die Gewährung einer Anleihe gestellt sei. Für die Türkei wäre die auch nur teilweise Vergebung nach Frankreich vom militärischen Standpunkte aus bedauerlich, da hierdurch die einheitliche Bewaffnung gestört würde, indem die Feldartillerie dann zweierlei Modelle von Verschlüssen besäße.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Frankfurt a. M., 28. Januar. (Offizielle Schluß-Kurse.) Oesterr. Kredit 211,60. Staatsbahn 137,75. Lombarden 17,20. Silberrente 100,00. Oesterr. Ungar. Goldrente —,—. Dresdner Bank 159,00. Aegypter —,—. 4proz. Goldrente 101 90. Wechsel auf London 20,44.5. Wechsel auf Wien 85,07.5. Diskonto 192,00. Fest.

Berlin. (8 Uhr nachmittag.) Weizen 218 12. Mailieferung 104 02. September 91,92. Neue Portugiesen 86 30. Türken (unific. Anleihe) 89,07. Türkenlose 130 50. Ottomanbank 195 —. Staatsbahn —,—. Lombarden —,—. Fest.

Paris. Produktenmarkt. Weizen per Januar 23 65 per März-Juni 24,60, ruhig. Roggen per Januar 47 75, per Mai-August 44,75, fleißig. Rüböl per Januar 44,75, per Mai-August 45,—, ruhig.

Amsterdam. Produkten-Bericht. Weizen per Dezember —,—, per Januar —,— Roggen per Dezember —,—, per Januar —,—. Geschäftslos.

Oertliches und Sächsisches.

— Wie erinnerlich, hat König Friedrich August in letzter Zeit wiederholt in Begleitung der Königlichen Prinzen sowohl als auch allein auf dem Carolasee im Großen Garten dem Schlittschuhfahren obgelegen. Se. Majestät bewegt sich hierbei in der dichten Menge des Publikums so ungezwungen, wie es nur irgend ein anderer Teichbesucher tun kann. Kürzlich, so wird uns berichtet, hatte der König, der selbst ein ganz sicherer, aber nicht gerade virtuoser Schlittschuhläufer ist, mit anderen Zuschauern lange die kunstvollen und eleganten Darbietungen eines jüngeren Herrn auf dem Eise beobachtet und trat schließlich an diesen mit der Frage heran, wie lange der kunstgeübte Herr schon Schlittschuh laufe, worauf die Antwort erfolgte: „Erst seit zwei Jahren." Der König zeigte sich hierüber erstaunt und erwiderte: „Na, ich fahre schon viel länger, aber so lerne ich es nie."

— Zu der Frage der „Betriebsmittelgemeinschaft" schreiben die „Sächs. Pol. Nachr." sehr zutreffend: „Ganz besonders möchten wir dabei die Interessen unserer sächsischen Industrie wahrgenommen haben! Jetzt sind Lokomotiven, Wagen und sonstige Betriebsmittel, soweit nur irgend angängig, in sächsischen Fabriken bestellt worden, und der Nutzen dieser Bestellungen ist der sächsischen Industrie zugute gegangen. Wie es künftig sein wird, wenn ein Gemeinschaftsamt in Berlin die gesamten Bestellungen aller Betriebsmittel vornimmt, dürfte doch wohl eine Frage sein, die gerade im Interesse der heimischen Industrie zu stellen unbedingt nötig ist. Hier müssen Kautelen getroffen werden, daß verhältnismäßig unsere sächsischen Fabriken nicht schlechter gestellt werden als bisher."

— Von Herrn Kommerzienrat Rudolf Wierling sind dem Freimaurer-Institut 5000 Mark zur Erhöhung des Kapitals der „Theodor Hultzsch u. Genossen-Stiftung" schenkungsweise übergeben worden. Die Vorsteherschaft ist dadurch in der Lage, eine neue halbe Freistelle zu verleihen und mithin abermals einem weniger bemittelten, aber würdigen Knaben die Wohltat einer guten Schulbildung und Erziehung zuteil werden zu lassen.